

Beschluss vom 18.05.2017: Keine Kooperation mit demokratiefeindlichen Parteien

Antragssteller: Vorstand des SJR Freiburg

Die Vollversammlung möge beschließen:

Die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist kein Partner des Stadtjugendrings Freiburg e.V. und seiner Mitgliedsverbände.

Der Stadtjugendring wird keinen Kontakt zu der Partei aufnehmen oder Vertreter*innen der Partei oder der Gemeinderatsfraktion zu Veranstaltungen einladen. Veranstaltungen der AfD oder ihrer Fraktion werden von Vertreter*innen des SJR nicht besucht.

Begründung:

Nach § 12 der Landesverfassung Baden-Württembergs sind die Jugendverbände ein eigenständiger Erziehungsträger neben Familie und Schule. Wir vertreten die Interessen junger Menschen gegenüber der Stadt und Gesellschaft und damit gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung. Demokratie lebt von der Auseinandersetzung um die richtigen politischen Wege und Konzepte auf der Grundlage unserer Verfassung. Das beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit nicht geteilten Positionen.

Die Jugendverbände und Initiativen haben sich zur gemeinsamen Interessenvertretung für alle jungen Menschen in Freiburg, im Stadtjugendring zusammengeschlossen. In seiner Satzung tritt der SJR für eine Gesellschaft ein, die die universell gültigen, individuellen und sozialen Menschenrechte achtet. Er lehnt sämtliche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Intoleranz ab. Diese Haltung hat Folgen für den Umgang mit demokratiefeindlichen Parteien, die öffentlich Haltungen vertreten, die mit den Grundüberzeugungen der Jugendverbände und des Stadtjugendrings unvereinbar sind. Der aktuelle Einzug der AfD in die Parlamente gibt Anlass dazu, diese Grundhaltungen zu bekräftigen.

Die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vertritt mit ihrem Programm und dem Handeln ihrer Funktionär*innen Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und stachelt damit zu Vorurteilen und Hetze an. Wir stellen deshalb fest: Diese Rechtspopulist*innen sind keine Partner der Jugendverbände und Ringe!

Der Stadtjugendring wird selbstverständlich gegenüber dem gesamten Gemeinderat Jugendinteressen vertreten und die dafür notwendigen parlamentarischen Gespräche führen. Er wird die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und seinen Ausschüssen fortsetzen, sollten demokratiefeindliche Kräfte mit vertreten sein. Ein Austausch mit den fachpolitischen Sprecher*innen der AfD-Fraktion findet außerhalb von Gemeinderatsgremien in begründeten Fällen statt, um gezielt die im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierten zentralen Aufgaben der Jugendpolitik (§ 11 KJHG), im Sinne gesellschaftlicher Querschnittspolitik und Rahmenbedingungen einzufordern, Kinder und Jugendliche "zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen".

Dies ist eine der wesentlichen Aufgaben als jugendpolitische Interessensvertretung des Stadtjugendrings. Daher setzt der Stadtjugendring sein besonderes Augenmerk auf eine vielfältige und inklusive Gesellschaft, wie die Förderung von Mädchen und Frauen, den Einsatz gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dies sind die Grundlagen und zentralen Prüfsteine aller parlamentarischen Gespräche.

Davon deutlich zu unterscheiden sind eigene Veranstaltungen des Stadtjugendrings (inklusive der Mitgliederversammlungen). Mit wem sich der SJR hier vernetzt, mit wem er öffentlich auftritt und jugendpolitische Positionen diskutiert, entscheidet er frei auf der Grundlage seiner Satzung. Der Stadtjugendring wird daher ungeachtet des Einzuges der AfD in den Gemeinderat keinen Kontakt zu der Partei aufnehmen oder Vertreter*innen der Partei oder der Gemeinderatsfraktion zu Veranstaltungen einladen.

Veranstaltungen der AfD oder ihrer Fraktion werden von Vertreter*innen des SJR nicht besucht. Veranstaltungen anderer Organisationen, zu denen der SJR eingeladen ist und an denen auch Vertreter*innen der AfD oder ihrer Fraktion teilnehmen, können zur kritischen Auseinandersetzung genutzt werden. Soweit die Fraktion der AfD im Rahmen ihrer Arbeit Positionen zu jugendpolitischen Fragen oder Fragen der Jugendverbandsarbeit einnimmt, wird sich der SJR kritisch mit diesen auseinandersetzen.

Mit dem Beschluss der Vollversammlung am 23. April 2016 hat der Landesjugendring sich identische Leitlinien zum Umgang mit demokratiefeindlichen Parteien gelegt. Hier verfolgt der Stadtjugendring ebenfalls die gleichen Ziele und agiert gegenüber den Landesparteien und Fraktionen identisch den kommunalen Gremien.